

4. Tagung des 8. Landesparteitages
26. Februar 2005, Rostock

Rede des Landesvorsitzenden der PDS Mecklenburg-Vorpommern Peter Ritter

Für eine starke PDS- Sozial mit aller Kraft

Anrede,

morgen wählen die Rostockerinnen und Rostocker eine neue Kapitänin oder einen neuen Kapitän für ihr Schiff.

Der Kurs dieses Schiffes war in den letzten Monaten nicht immer leicht zu halten.

Ex-Kapitän Pöker hat dieses Schiff verlassen.

Bei seinem Rückzug hinterließ er ein riesiges Leck.

In dieser für die Stadt schwierigen Situation fiel den Landesspitzen der SPD nicht Besseres zu erklären ein, als dass die Stadt jetzt Kontinuität brauche!

Dieser Logik folgend, wurde Pökers 1. Offizier, Finanzsenator Schröder, nominiert.

Ganz so, als ob er von diesem Leck im Schiff Rostock nichts wüsste oder mit zu verantworten hätte.

Das, was Rostock aber braucht, ist Zukunft!

Rostock braucht Wandel, klare Verhältnisse, transparente Politik.

Rostock braucht Bürgernähe und Bürgerbeteiligung.

Und dafür steht Ida Schillen.

Ida hat gezeigt, dass sie es mit dem Wandel, den klaren Verhältnissen und der transparenten Politik ernst meint.

Offenbar aber gab es - nahezu fraktionsübergreifend - eine große Scheu vor diesem Wandel.

Denn schnell tat sich in Rostock eine neue, merkwürdige, übergroße Koalition auf und wählte Ida als amtierende Oberbürgermeisterin deshalb ab.

Die Rostockerinnen und Rostocker entscheiden morgen über den künftigen Kurs ihres Schiffes.

Zukunft oder Kontinuität nach dem Motto „Weiter So“!?

Schillen oder Stillstand!

Das ist die Botschaft, die wir den Wählerinnen und Wählern mit auf den Weg geben wollen.

Und auch dies bitten wir zu beachten:

Nicht überall, wo Methling drauf steht, ist auch wirklich Methling drin!

Anrede,

wenn dann morgen, am 27. Februar, gewählt ist, dauert es bis zum Frühlingsanfang nicht mehr lang.

Frühling und Schillen - das ist das Beste, was Rostock passieren kann!

Liebe Ida,

für morgen viel Erfolg und euch, liebe Rostocker Genossinnen und Genossen, ein herzliches Dankeschön für euren engagierten Wahlkampf!

Anrede,

als im Sommer des letzten Jahres die ersten Proteste gegen „Hartz IV“ auch in unserem Land begannen, prophezeite ein prominenter Politikwissenschaftler der PDS Mecklenburg-Vorpommern eine heißen Herbst.

In der Auseinandersetzung um Hartz würden die Debatten zwischen Regierungsbefürwortern und Regierungsgegnern zunehmen.

Die PDS stünde vor einer neuen Zerreißprobe.

Den Ausgang dieser Debatte ließ die wissenschaftliche Sicht offen.

Wir konnten und wollten uns aber keinen offenen Zustand in dieser Frage leisten.

Wir luden Gewerkschaften, Vereine, Verbände zur gemeinsamen Debatte ein und legten gemeinsam fest:

1. gemeinsam über Hartz aufzuklären
2. gemeinsam gegen Hartz zu protestieren
3. gemeinsam den von Hartz Betroffenen helfen.

Ein strategisches Dreieck.

Waren wir da nicht schon mittendrin in dem „strategischen Dreieck“, das Ende Oktober 2004 im Beschluss des Bundesparteitages seine Aufnahme fand?

Bewegen wir uns seit unserem Regierungseintritt 1998 nicht schon permanent in diesem Dreieck?

„Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden

- Protest,
- der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie
- über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen

ein unauflösbares strategisches Dreieck.“

Strategie:

Nach einem alten philosophischen Wörterbuch ist dies nichts anderes als ein Plan. Ein Plan, in dem steht, was man machen will und wie.

Laut Fremdwörterbuch bedeutet Strategie allgemeine Handlungsanweisung, Gesamtkonzept, Methode, Vorgehen....

Es stellt sich also die Frage:

Haben wir ein Gesamtkonzept?

Wie können wir Protest entwickeln, den Anspruch auf Mit- und Umgestaltung realisieren und über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen entwickeln?

Können oder müssen wir alles gleichzeitig?

Oder können wir uns das vermeintlich Leichtere aussuchen und das Unbequemere vor uns herschieben?

Kann sich jede/r eine Seite oder einen Winkel des Dreiecks herausuchen?

Können wir, in dem wir uns in diesem strategischen Dreieck bewegen, ein rot-rotes Regierungsbündnis zu einem wirklich alternativen und strategischen Projekt anderer Politik gestalten?

Wie stabil ist dieses Dreieck in der Praxis?

Zurückblickend auf unser Vorgehen im Zusammenhang mit Hartz IV stelle ich fest, dass das Dreieck stabil war. Es war richtig, sich nicht nur eine Seite heraus zu suchen.

Es hat sich auch als richtig erwiesen, Betroffenen zuzuhören, sie zu fragen und mit ihnen zu hinterfragen und gemeinsam mit ihnen zu handeln.

Es ist richtig und wichtig, im Kampf gegen die Sozialabbaupolitik der Bundesregierung nicht nachzulassen.

Im August des vergangenen Jahres tönte SPD-Landeschef Backhaus in einem Interview in der „Schweriner Volkszeitung“: „Niemand stürzt die Menschen in Armut“.

Wir haben in den letzten Wochen in zahlreichen Beratungsgesprächen, bei der Hilfe beim Ausfüllen der Widerspruchsformulare erlebt und erfahren, was in Menschen vorgeht, die von Arbeitslosengeld II leben müssen.

Sie können es nicht einmal mehr als Hohn empfinden, wenn Rot-Grün in Berlin behauptet, Hartz IV sei erfolgreich gestartet.

Es kann doch nicht geleugnet werden: Die Therapie des Wunderdoktors Hartz hat nicht angeschlagen.

Doch Vernunft will offensichtlich auch nicht einkehren.

Statt dessen schreibt die Landes-SPD im Leitantrag zu ihrem Parteitag im April: „Mit den Reformen am Arbeitsmarkt (Hartz-Gesetze) besteht erstmals seit Jahren die Chance, scheinbar fest gefügte Strukturen in Bewegung zu bringen. Angefangen mit einer frühzeitigen und zielgenauen Aktivierung von Arbeitslosen in Richtung Vermittlung und Qualifizierung bis hin zur Bereitstellung gesellschaftlich notwendiger Arbeit ist der Arbeitsmarkt im Aufbruch begriffen.“

Aufbruch?

Ja wohin denn, liebe Genossinnen und Genossen?

In welchem Land lebt eigentlich die hiesige SPD?

Immerhin stellt die SPD fest, dass : „...mögliche Fehlentwicklungen und Ungerechtigkeiten korrigiert werden...“ müssen.

Wir aber sagen:
Es geht nicht um Korrekturen oder Ergebniskosmetik.

Wir sagen:

- Hartz IV muss weg!
- Hartz IV ist verfassungswidrig!
- Hartz IV ist Armut per Gesetz!

Und wenn die CDU um Herrn Rehberg angesichts von über 200.000 arbeitslosen Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern herum okrakelt und „Haltet-den-Dieb“ schreit, müssen wir sie nicht nur an ihre Verantwortung in der Vergangenheit erinnern.

Wir sagen deutlich, dass es in der Gegenwart Merkel, Stoiber und Co. waren, die fleißig mit an der Sozialabbauschraube Hartz IV gedreht haben und lieber noch ein paar Windungen zugelegt hätten.

Die CDU ist keine Alternative, nicht mal das kleinere Übel.
CDU bedeutet einzig und allein noch größere Sozialabbaupolitik.

Soziale Gerechtigkeit entsteht so nicht.

Mehr Arbeitsplätze entstehen auch nicht dadurch, dass auf den bestehenden Arbeitsplätzen noch mehr und noch länger gearbeitet wird oder die Löhne gedrückt werden.

Wir bleiben dabei:
Innovation statt Billiglohn, das ist die Alternative.

Wir bleiben dabei:
Beschäftigung muss tarifgebunden sein.

Das Land braucht bei 200.000 Arbeitslosen weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik.
Gerade Hartz IV fordert uns heraus, neue Projekte in Richtung ÖBS zu entwickeln.

Die Forderungen des Wirtschaftsministers, die Mittel aus dem Arbeitsministerium ins Wirtschaftsressort umzuleiten, laufen daher in die verkehrte Richtung.

Die dazu in die Welt gesetzten Zahlen sind außerdem noch falsch.
Helmut Holter hat nicht annähernd eine Milliarde Euro für Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung, sondern nur 120 Millionen.

Und von 100 Euro, die in Mecklenburg-Vorpommern wie auch in den anderen neuen Ländern für aktive Arbeitsmarktpolitik eingesetzt werden, kommen - über den Daumen gepeilt -

- 80 Euro aus der Bundesagentur für Arbeit,
- 10 Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und
- 10 Euro aus dem Landeshaushalt.

Der größte Teil der Landesmittel wird also eingesetzt, um die ESF-Mittel ins Land zu holen, denn genau das heißt Kofinanzierung.

Wer also dort Landesmittel einsparen will, der will auch auf Mittel aus Brüssel verzichten.

Und was unser Arbeitsminister mit dem Geld gemacht hat, kann sich sehen lassen!

Nämlich:

- ein von der Europäischen Union hoch gelobtes Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm,
- hohe Übergangsquoten in Einstellungsprogrammen für Langzeitarbeitslose oder auch
- große Nachfragen bei Existenzgründerprogrammen.

Und:

Während der Wirtschaftsminister noch darüber nachdachte, ob er Konversion überhaupt als Instrument einsetzen will, hat Helmut mit seinen Förderprogrammen den betroffenen Kommunen schon längst geholfen.

Ich will nicht viel sagen über die Existenzgründerkampagne „Einfach anfangen“, die zur bundesweit besten Kampagne 2004 gewählt worden ist.

Auch nichts über Mikrodarlehen aus einem revolvingen Fonds für Existenzgründer. Davon sind die Zeitungen voll.

Ich will nicht von dem Initiativfonds des Arbeitsministers reden, der vor allem in Kommunen, die Unternehmen ansiedeln wollen, viel bewirkt.

Und ich will auch nicht über die Lohnkostenzuschüsse reden, die gezahlt werden, damit Unternehmen Arbeitslose einstellen.

Lasst mich von diesem Parteitag aus erklären, Genossinnen und Genossen, dass die PDS nicht daran denkt, sich in den neoliberalen Mainstream einzubringen und auf eine eigenständige, aktive und innovative Beschäftigungspolitik zu verzichten!

Ich wage nicht, mir auszudenken, wo das Land heute, in den Zeiten von Hartz IV stünde, wenn wir auf diese Arbeitsmarktpolitik in den Farben der PDS verzichtet hätten!

Und während die „Bundesagentur für Arbeit“ und Teile der SPD Arbeitslose in Ostdeutschland, die älter als 55 Jahre sind, aus der Betreuung der Agentur herausnehmen wollen, überlegt Helmut Holter, wie das durch ihn initiierte und erfolgreiche Programm „55+“ hier im Land fortgeführt werden kann.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, auch ich kann mir vorstellen, dass das Arbeits- und das Wirtschaftsministerium zusammengelegt werden.

Ich wüsste sogar, wer der geeignete Minister dafür wäre.

Ich will aber an dieser Stelle auch deutlich an alle, vor allem an alle Möchte-Gern-Minister, sagen, dass die Fragen einer Kabinettsumbildung kein Thema für den Marktplatz sind, sondern dort diskutiert werden, wo sie hingehören.

Und das zu einer Zeit, wenn es spruchreif ist!

Anrede,

auf dem Pasewalker Parteitag haben wir beschlossen, ein Strategieprogramm für die Entwicklung unseres Landesverbandes zu erarbeiten.

Erste Ergebnisse der Arbeit der Strategiegruppe, der Diskussionen auf Workshops, Klausuren und unserer ersten Gremienberatung liegen euch vor.

In der Debatte wurde gefordert, einen neuen Grundkonsens unserer Arbeit zu finden.

Der Landesvorstand schlägt vor, das auf dem Potsdamer Parteitag formulierte „Strategische Dreieck“ als diesen Grundkonsens zu begreifen und auszugestalten.

Unter Berücksichtigung:

- der inhaltlichen Schwerpunkte der Klausur der Landtagsfraktion vom August 2004
- der Vorgaben der außerparlamentarischen Begleitgruppe vom September 2004 und
- des Strategie-Workshops vom November 2004

schlagen wir vor, das Stichwort „Soziale Gerechtigkeit“ zum Ausgangspunkt der inhaltlich-strategischen Überlegungen zu machen.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit soll dabei nicht nur als Kampf gegen die Sozialabbaupolitik der Bundesregierung begriffen, sondern vor allem als Kampf für alternative Politikangebote der PDS gestaltet werden.

Der Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ ist dabei vielfältig zu untersetzen.

Soziale Gerechtigkeit heißt eben auch: ein sozial gerechtes Bildungssystem.

Und wenn die SPD jetzt im Leitantrag zu ihrem Parteitag formuliert: „Unser Ziel ist die schrittweise Einführung eines achtjährigen gemeinsamen Unterrichts“, dann sage ich „Herzlich willkommen im Klub, liebe Genossinnen und Genossen der SPD“!

Hier zeigt sich, dass es sich eben lohnt, mit langem Atem für eigene, vernünftige Vorstellungen zu werben. So lange, bis auch der Koalitionspartner bereit ist, vernünftige Vorstellungen gemeinsam umzusetzen.

Es zeigt sich erneut, dass wir dort, wo wir selbst inhaltlich umfassend vorbereitet und fit agieren, unserer Angebote tragfähig und umsetzbar sind.

Ein herzliches Dankeschön daher an unsere LAG Bildung und auch einen herzlichen Glückwunsch an Andreas Bluhm und den ganzen Arbeitskreis der Landtagsfraktion!

Die jetzt auf den Weg gebrachten Änderungen im Schulsystem unseres Landes sind auch eurer Hartnäckigkeit zu verdanken! Das heißt aber nicht, dass jetzt Schluss ist mit der Arbeit.

Im Gegenteil: Wir wollen und werden die Inhalte weiter erklären, dafür werben und davon überzeugen.

Änderungen im Bildungssystem bedeuten auch, dass wir den eingeschlagenen Weg der frühkindlichen Bildung konsequent weiter gehen müssen.

Und wenn hier die SPD in ihrem Leitantrag schreibt : „Die SPD-geführte Regierung hat mit der Verabschiedung des KiföG wichtige Weichen zur Aufwertung frühzeitiger Bildung und Erziehung gestellt“, nehme ich das mit Genugtuung zur Kenntnis.

Erfolg hat eben viele Eltern: auch wenn sich die „eine Mutter“ oder der „andere Vater“ sehr lange gegen die 7 Mio Euro gesträubt hat, die die Landesregierung zusätzlich für die Einführung des Vorschuljahres bereit gestellt hat.

Und wenn es hilft, sind wir auch für ein Windelpaket oder die Wiedereinführung des zinslosen Ehecredits.

Sind es aber ungedeckte Schecks, und wird weiter gleichzeitig beim ALG II – Empfänger das Kindergeld als Einkommen angerechnet, werden wir solche Vorschläge als das benennen, was sie sind: Populistisch!

Anrede,

soziale Gerechtigkeit heißt auch eine andere Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Massenkauftkraft stärkt, nachhaltiges Wachstum fördert und eine von Bürgerinnen und Bürgern mitbestimmte Regionalentwicklung gewährleistet.

Wir brauchen neue Impulse für den ländlichen Raum, um diesen als lebendigen Sozialraum zu gestalten.

Der Landwirtschaft als tragende wirtschaftliche Säule des ländlichen Raumes muss ein Branchenmix aus Verarbeitung und Veredelung agrarischer Erzeugnisse, Tourismus und Erzeugung alternativer Energien zur Seite gestellt werden.

Wir alle wissen, dass dem Land Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Jahren weniger Geld zur Verfügung stehen wird. Dies kann man, will man verantwortungsbewusst handeln, nicht ignorieren.

Wir brauchen daher eine umfangreiche Diskussion darüber, wie und womit eine nachhaltige Wirtschaftspolitik im Land entwickelt werden kann.

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität so verstanden, eröffnet neue Kompetenzgewinne für die PDS.

Als Grundlage unserer „AGENDA sozial“ fordern wir in den Beschlüssen des Potsdamer Parteitages eine andere Wirtschaftsstrategie.

Im Rahmen der Strategiedebatte habe ich daher vorgeschlagen, noch vor dem Herbst 2006 zu dieser Thematik eine Tagung des Parteitages oder eine Basiskonferenz durchzuführen.

Einbezogen werden könnten hier

- die LAG „Frieden und internationale Sicherheit“ mit ihren Vorschlägen zur Konversion,
- die LAG „Landwirtschaft und ländlicher Raum“ mit ihren Überlegungen zur Entwicklung der ländlichen Räume,
- die LAG „Umwelt“ mit ihren Konzepten zur Nachhaltigen Entwicklung.

Das bedeutet aber auch, dass die eine oder andere LAG wieder aktiviert werden muss.

Ich würde mich auch freuen, wenn es auch uns in diesem Zusammenhang gelänge, einen Landesverband von „OWUS“, also dem PDS-nahen „Offenen Wirtschaftsverband von Klein- und Mittelständischen Unternehmen und Selbstständigen“ zu gründen, um deren Kompetenzen und Erfahrungen in die Debatten einbeziehen zu können.

Im Ergebnis des Diskussionsprozesses soll die Erarbeitung eines „Alternativen Konzeptes für die nachhaltige Entwicklung eines sozial gerechten Mecklenburg-Vorpommerns“ stehen. Dieses Konzept soll Ausgangspunkt und Rahmen für das Wahlprogramm 2006 sein.

Mit der Beschlussfassung des Antrages A1, um dessen Zustimmung ich euch im Namen des Landesvorstandes bitte, setzen wir den Startpunkt zur Erarbeitung dieses Konzeptes.

- Demographischer Wandel und Zukunft für die Jugend,
- Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeit,
- Sozialer Zusammenhalt,
- Wissen und Kultur,
- Demokratie und Zivilgesellschaft sowie
- Mitten in Europa

sollten Schwerpunkte unseres Konzeptes, unseres Angebotes für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns sein.

Anrede,

soziale Gerechtigkeit bedeutet auch die weitere Entwicklung der Demokratie in unserem Land.

Wir haben unserem Koalitionspartner Vorschläge übergeben zur

- Novellierung der Landesverfassung
- für ein Volksabstimmungsgesetz
- für ein Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz
- für ein Informationsfreiheitsgesetz und
- für ein Parlamentsinformationsgesetz

Wir erwarten, dass diese Vorschläge umfassend geprüft und nicht, wie so oft, mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt werden.

Für die Landesverfassung haben wir eine antifaschistische Klausel vorgeschlagen.

Die CDU hält das für ‚verordneten Antifaschismus‘ und lehnt eine solche Klausel daher ab.

Ich halte diese Argumentation für wenig überzeugend.

Blicken wir zurück in den Mai 1945.

Dem deutschen Volk musste der Antifaschismus verordnet werden.

Das deutsche Volk wurde von außen befreit, denn es war nicht in der Lage, trotz des Widerstandes und der vielen Opfer, sich selbst von der menschenverachtenden Ideologie des Faschismus zu befreien.

„Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dass dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, hat damals im April, vor 60 Jahren, niemand geahnt.

Wir müssen uns heute damit auseinandersetzen, was wir aus diesem, dem deutschen Volk von den Alliierten verordneten Antifaschismus gemacht haben.

Wir müssen auch darüber diskutieren, warum wir aus dem, dem deutschen Volk verordneten Antifaschismus in der DDR oft ein ziemliches einseitiges Bild vom antifaschistischem Widerstand entwickelt haben.

Wir tun das.

Auch, um jede neue Einseitigkeit in der Auseinandersetzung mit dem modernen Rechtsextremismus zu verhindern.

Und da hat mich eben die kalte Wut gepackt, als CDU-Chef Rehberg in dummdreister Weise die PDS mit der NPD gleichgesetzt hat und diesen Vergleich bis heute nicht zurück genommen hat.

Das ist nicht nur ein Hohn auf die Geschichte.

Das ist politisch fahrlässig und Demokratie gefährdend.

Genauso unerklärlich ist die Tatsache, dass der Landrat des Müritz-Kreises, Herr Seidel (CDU), den Bundesvorsitzenden der VVdN-BdA, unseren Mitstreiter Prof. Heiner Fink, von der Gedenkveranstaltung anlässlich des 27. Januar als Redner eingeladen hat.

Der Alltagstest vom 27. Januar 2005 beweist: Das hat mit dem
- auch von der CDU - geforderten Werben für mehr Demokratie nichts zu tun.

Viel notwendiger ist es, dass alle demokratischen Kräfte gemeinsam in die Gesellschaft hineinwirkende Strategien für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit entwickeln.

Dabei geht es nicht nur um ANTI. Nein.

Es geht vor allem um das PRO.

Es geht um mehr Bildung, soziale Gerechtigkeit und Solidarität, Lebensbejahung und Zukunft, um weitere Demokratisierung des Landes.

Ich bin deshalb froh, dass der Landtag unserer Initiative zur Überarbeitung und Untersetzung des Handlungsrahmens „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ gefolgt ist.

Der Handlungsrahmen formuliert verschiedene Aufgabenfelder, so z. B.

- zum bürgerschaftlichen Engagement
- zur Familie
- zur Schule
- zur Jugendarbeit
- zu den Hochschulen
- zu den Medien
- zu den Parteien und der Politik
- zur Wirtschaft
- zur Kriminalitätsvorbeugung
- zur Polizei und den Ordnungsbehörden
- zur Strafverfolgung.

Unsere Aufgabe ist es, diesen Handlungsrahmen nicht nur inhaltlich zu überarbeiten, sondern ihn auch finanziell zu untersetzen.

Ich freue mich, dass die Landtagsfraktion auf ihrer Klausur in der vergangenen Woche diese Herangehensweise zu einem ihrer Schwerpunkte bestimmt hat.

Und wenn die SPD in ihrem Leitantrag dann vom Landesprogramm „Jugend- und Schulsozialarbeit“ als einem erfolgreichem Programm spricht, möchte ich das gern aufnehmen und vorschlagen:

Lasst uns dieses Programm, die 8 Mio Euro, die dafür zur Verfügung stehen, verstetigen und als festen Bestandteil im Handlungsrahmen „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ verankern.

Landesvorstand und Landtagsfraktion haben sich darauf verständigt, zum „60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Ende des Zweiten Weltkrieges“ - auf unsere Initiative hin offizieller Landesgedenktag - auf eigene zentrale Landesveranstaltungen oder -konferenzen zu verzichten.

Wichtig ist es, vor Ort, in den Kreisen und Kommunen, aktiv zu sein, Bündnisse für Demokratie und Toleranz zu initiieren, zu organisieren und in ihnen mitzuarbeiten.

Schauen wir nicht länger aus falsch verstandener Rücksichtnahme auf das touristische Image unserer Kommunen weg, wenn sich Rechtsextremisten in unserer Nachbarschaft als Bürgerinitiativen tarnen.

Überlassen wir am 8. Mai nicht den Rechtsextremen die Straßen und Plätze unseres Landes, sondern melden wir jetzt im breiten Bündnis unsere Friedensfeste an.

Gehen wir konsequent den Weg der offensiven Auseinandersetzung in den Kommunalparlamenten, so wie es auf der gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes mit dem kommunalpolitischen Forum am 6. November des vergangenen Jahres begonnen haben.

Erneut haben die Abgeordneten der PDS-Landtagsfraktion beschlossen, Klassenfahrten in Gedenkstätten zu unterstützen. Das ist ein aktiver und ganz praktischer Beitrag, um jungen Menschen zu zeigen und zu erklären, was war und was nie wieder sein darf.

Im Kommentar der „Tagesthemen“ hieß es am 24. Januar 05:

„Den Wählern muss ein Bewusstsein entstehen, dass sie mit ihrer Wahlentscheidung tatsächlich auch Entscheidungen gegen sich selbst treffen. Die politische Auseinandersetzung mit der NPD ist eine Auseinandersetzung mit den Wählern der NPD...“

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist nötig!
Und zwar jeden Tag.

Lasst uns jetzt damit beginnen. Jede und jeder von uns.

Am Wahlsonntag 2006 erschrocken aufzuwachen, ist zu spät!

Anrede,

im Juni 2004 konnten wir feststellen, dass wir das Projekt „04/06“ erfolgreich gestartet haben.

2004 sind wir wieder in das Europaparlament eingezogen.

2006 wollen und müssen wir wieder mit einer Fraktion in den Deutschen Bundestag. Wir dürfen Gesine Löttsch und Petra Pau, die ich an dieser Stelle noch einmal herzlich Willkommen heiße, nicht alleine lassen. Das haben sie einfach nicht verdient!

Ziel unseres Landesverbandes ist es, für die Überwindung der 5%-Hürde einen gewichtigen Beitrag zu leisten.

Die Wahlergebnisse von 2004 analysierend wissen wir, dass wir dazu alle eine Kohle zulegen müssen.

Es geht 2006
um mehr PDS, damit auch mehr soziale Gerechtigkeit erstritten werden kann.

Es geht 2006
auch um eine quantitativ und qualitativ gestärkte Landtagsfraktion.

Es geht um mehr PDS, um mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen zu können.

Dazu brauchen wir auch die konsequente Umsetzung der Beschlüsse zur Parteireform.

Mitglieder- und Personalentwicklung, Kommunikation und Finanzen seien hier nur als Stichworte genannt.

Wer meint, dass wir uns nach und nach auf den Weg zum Wahlkampf machen können, der irrt.
Wir sind mitten drin.

Und wollen wir nicht nur dabei sein, müssen wir das Strategische Dreieck mit Leben erfüllen!

Gemeinsam und geschlossen!

Ich will mich dieser Verantwortung stellen und kandidiere deshalb im Juni wieder als Landesvorsitzender.

Für eine starke PDS: Sozial mit aller Kraft!